Die neue Bildungskatastrophe

Zur Lage der Universitäten und ihrer Wissenschaftlerinnen

Von **Elisabeth Meyer-Renschhausen**

Auch in diesem Jahr werden viele Studierende und Lehrende eher seufzend in das Wintersemester gestartet sein: Seit Jahren steht an den Universitäten eine rapide steigende Zahl Studierender einer sinkenden Anzahl von Dozentinnen und Dozenten gegenüber. Die Folge sind überfüllte Hörsäle und eine schlechte Betreuung der Studierenden, obwohl gerade letztere im Zuge der Bachelor-Reform eigentlich verbessert werden sollte.

Der Grund dafür ist die massive Unterfinanzierung der großen Mehrzahl der deutschen Universitäten, was sich vor allem in einer zu geringen Anzahl an Hochschullehrerinnen und -lehrern niederschlägt: „In absurder Art und Weise wird seit dem Ausbau zur Massenuniversität geleugnet, dass Wissenschaft ein Beruf ist", beschreibt der Germanist Remigius Bunia die fatale Situation.[1] Das zentrale Problem der deutschen Universitäten besteht in der mangelhaften Anerkennung der Lehre. Tatsächlich wurde die Anzahl der Professoren und Lehrenden nicht im Entferntesten dem neuen Bedarf entsprechend angehoben, seit die Universitäten in den 1970er Jahren zu „Volksuniversitäten" umstrukturiert worden sind. Im Gegenteil: Seit Mitte der 1990er Jahre baute man Personal ab. Nichtsdestotrotz empfehlen Politik und Wissenschaftsrat ungerührt, dass sich die Universitäten mit Nachwuchsförderprogrammen ein besonderes Profil erarbeiten sollen.[2] Doch die schönsten Programme nützen nichts, wenn dafür zu wenig Geld da ist – und deshalb sowohl die Betreuung des Nachwuchses als auch dessen wissenschaftliche Zukunft an den Hochschulen alles andere als gesichert ist.

Der Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von 2008 erbrachte die bis heute einschlägigen Zahlen: Demnach stieg die Zahl der Professoren seit 1993 lediglich um 3 Prozent, die Zahl der Studierenden hingegen um 67 Prozent.[3] Während vor einigen Jahren noch vier befristete Stellen auf eine feste Stelle kamen, steht heute ein unbefristet angestellter Hochschullehrer acht befristet Beschäftigten gegenüber. Die einstigen Assistenten und „WiMi"-Stellen, die die Promovierenden veranlassen könn-

1 Remigius Bunia, Die Lehrbefugnis hat ausgedient, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14.3.2012.
2 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Doktorandenausbildung, Köln 2002.
3 Vgl. Angela Burckhardt im Rahmen der Öffentlichen Anhörung zur „Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes" im Deutschen Bundestag, Berlin 30.11.2011, S. 22.

ten, schneller fertig zu werden, wurden gestrichen. In den Landeshochschulgesetzen hat sich nirgends eine Verankerung des aus dem US-amerikanischen Bildungssystem stammenden sogenannten *Tenure-Track*-Verfahrens durchgesetzt, das unbefristete Verträge sichert. Der höhere Mittelbau von ehedem – also die C1-Stellen von Assistenzprofessoren oder Oberassistenten – wurde auf ein Zehntel zusammengestrichen.

So sehr die Universitäten mehr akademischen „Nachwuchs" bräuchten, um den vielen Studierenden gerecht zu werden, so wenig können sie den Absolventinnen und Absolventen eine akademische Laufbahn anbieten. Denn das Universitätsgesetz von 2002 schreibt eine Befristung der „Nachwuchs-Phase" auf zwölf Jahre vor. Wer anschließend keine feste Stelle hat, soll keine Universitätsstelle mehr erhalten können.

Die Wohlmeinenden unter den Reformern hofften 2001/2002, dass diese Regelung die Universitäten dazu zwingen würde, mehr Lebenszeitstellen anzubieten. Doch die Hoffnung trog sie: Die Reform erwies sich für die Universitäten als fatal. Denn ihr Haupteffekt war, dass sich die durch Sparauflagen gebeutelten Universitäten ihrer Privatdozenten entledigten, statt phantasievoll neue Zeitstellenmodelle für ältere Wissenschaftlerinnen und Dozenten zu erfinden. Aufgrund gekürzter Budgets fielen die früheren Mittelbaustellen fast gänzlich weg, lange bevor sie durch kurzfristige „Post-doc-Stellen" ersetzt wurden. Es ist daher überaus scheinheilig, den Universitäten vorzuwerfen, sie täten zu wenig für ihren Nachwuchs.

Professorinnen bleiben eine Seltenheit

Besonders betroffen von den Reformen sind Wissenschaftlerinnen. Vor allem das 1999 beschlossene Regierungsprogramm „Frau und Beruf" erwies sich als bloße Spiegelfechterei: Darin wurde festgelegt, dass bis zum Jahr 2005 der Anteil der Frauen unter den Universitätsprofessuren auf 20 Prozent steigen sollte. Stattdessen aber nahm die Zahl weiblich besetzter Lehrstühle relativ gesehen sogar ab und stagniert heute infolge des zunehmenden Konkurrenzkampfs um die ständig weiter abnehmende Zahl von Hochschullehrerpositionen. Paradoxerweise gilt dies auch und gerade für die Geistes-, Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaften, also jene Fächer, die weibliche Studenten besonders bevorzugen und in denen einige von ihnen entsprechend eine dauerhafte Anstellung anstreben. (Heute gibt es bereits wieder Universitäten, wo zum Beispiel die Soziologie rein männlich besetzt ist.) Kurzum: Die Politik produziert – man ist verführt zu sagen: mit ihrem „Herumgedoktore" – an den Hochschulen mehr neue Probleme, anstatt die alten zu lösen.

Beispielhaft dafür ist die Zunahme der Drittmittelfinanzierung, die mit der Exzellenzinitiative infolge der Hochschulpakte I und II an den Universitäten Einzug hielt. Diese neue Art der projektgebundenen Finanzierung nimmt den Universitäten jegliche Planungssicherheit. Deshalb schreiben diese nunmehr vor allem befristete Stellen aus: Deren Anteil liegt heute bei 85 Prozent aller Stellen. Die meisten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

haben derzeit gerade einmal noch Einjahresverträge, häufig sogar nur halbe Stellen – ihre beruflichen Perspektiven sind daher mehr als ungewiss.

Die „Bildungskatastrophe" und die Folgen

Das verschlechtert auch die Bedingungen der Studierenden drastisch: Denn der Schlüssel zu erfolgreichem Studieren oder Promovieren ist vor allem ein gutes Betreuungsverhältnis.

Den Universitätsreformern der alten Bonner Republik war dies noch bewusst. Mit seiner Diagnose von der „Bildungskatastrophe" sorgte der Philosoph Georg Picht 1964 in der Zeitschrift „Christ und Welt" bundesweit für Aufsehen. Sozialwissenschaftler wie Ralf Dahrendorf diagnostizierten nur ein Jahr später den fast hermetischen Ausschluss von Arbeiterkindern von den Universitäten. Die Studentenbewegung stellte daraufhin ab 1968 die Alleinherrschaft der Ordinarien in Frage („Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren!"). Und Helge Pross zeigte 1969 die systematische Benachteiligung von jungen Frauen auf, besonders derjenigen aus einem ländlich-katholischen Milieu. Als Reaktion darauf begannen Bund und Länder ab dem Jahr 1970 systematische Schul- und Universitätsreformen einzuleiten. Selbst relativ kleinen Städten erfüllte man ihren lang gehegten Wunsch nach eigenen Universitäten. Ziel dieser Politik war auch eine gutes Betreuungsverhältnis: für zehn Studentinnen und Studenten war ein Dozent vorgesehen.

Infolge der Weltfinanzkrise 1971 wurden die Reformen bereits ab 1973 wieder gedrosselt. Inzwischen waren jedoch bereits zahlreiche Universitäten neu gegründet und mittels des Bundesausbildungsförderungsprogramms (BAföG) für Arbeiterkinder geöffnet worden. Jahr für Jahr strebten mehr Studentinnen und Studenten an die Universitäten. Quasi auf halben Wege wurde der weitere Ausbau der Universitäten dann Ende der 1970er Jahre endgültig gestoppt. Damit blieb die mit den Reformen angestrebte Relation von einem Lehrenden auf zehn Studierende bei dem zwischenzeitlich erreichten Verhältnis von 1 zu 20 stehen.

Doch schon 1977 ließen sich die Länder darauf ein, noch mehr Studenten zuzulassen, als angesichts des gewünschten Betreuungsverhältnisses angemessen gewesen wäre. Die Länder hofften auf nachträgliche Sondermittel des Bundes – vergeblich. Seither ist für die deutschen Universitäten eine unpersönlich-magere Betreuung der Studierenden und Promovierenden kennzeichnend.[4]

„Mehr Professuren!"

Angesichts dieser Misere wird allerorten der Ruf nach zusätzlichen Professorenstellen laut: So fordert die SPD im Bundestag derzeit 2500 neue Professu-

4 Gastdozenten aus dem Ausland sind regelmäßig erstaunt über den fehlenden persönlichen Empfang.

ren, der Wissenschaftsrat 4000 und der Deutsche Hochschulverband (DHV) gar 7000.[5]

Tatsächlich jedoch reicht all das bei weitem nicht aus. Legt man den ursprünglich angestrebten Schlüssel von eins zu zehn zugrunde, müsste man über 20 000 zusätzliche Stellen schaffen oder aber einen guten Teil der Mitarbeiterstellen in Dozenturen auf Dauer verwandeln.

Konkret ausgedrückt bedeutet dies: Die Freie Universität Berlin (FU) verfügt derzeit über 356 Professoren für rund 28 000 Studierende – Medizinstudenten nicht mit eingerechnet – und rund 4300 Doktoranden. Auf einen FU-Hochschullehrer kommen also aktuell 78 Studenten, mit den Doktoranden sogar noch ein paar mehr. Die University of Maryland, im Umland von Washington D.C. gelegen, hat hingegen 3996 Professoren für 37 641 Studierende; ein Hochschullehrer kann sich dort also intensiv um neun bis zehn Studierende kümmern. Um ein ähnliches Verhältnis zu erreichen, müsste man an der FU etwa 2450 Professorinnen und Professoren einstellen. Zwar hat die FU etwa 2200 wissenschaftliche Mitarbeiter, aber die meisten von ihnen sind jung, in der Lehre noch unerfahren und haben noch nicht promoviert. Und selbst wenn die nordamerikanischen Studenten keine Studiengebühren bezahlen würden, wäre das dortige Betreuungsverhältnis immer noch doppelt bis dreifach so gut wie hierzulande.

Fakt ist: Kaum ein vergleichbarer Staat verachtet in dermaßen irrationaler Art und Weise seine Hochschullehrerschaft, indem er nur einem guten Zehntel von ihnen auskömmliche Gehälter zugesteht. Lediglich Australien steht noch schlechter da: Dort werben die heute bereits komplett privatisierten Universitäten um Studenten aus China, um sich mittels überhöhter Studiengebühren zu finanzieren. Infolge der vielen Nichtmuttersprachler sinkt dort jedoch das wissenschaftliche Niveau auf drastische Art und Weise.

Hierzulande hat die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiter lediglich Einjahresverträge, sie kommen daher für verbindliche Lehrangebote mit nachfolgender Hausarbeitsbetreuung kaum in Frage. Um diese Politik zu vertuschen, wird seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend die komplette nicht etatierte Hochschullehrerschaft einschließlich der über 50jährigen Privatdozentinnen und Privatdozenten mit der merkwürdigen Vokabel „wissenschaftlicher Nachwuchs" bezeichnet.

„Über zweifelhafte Wege zur Lehre herangezogen"

Von derart prekär beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern kann man eine professionelle Betreuung der Studierenden kaum erwarten – geschweige denn eine adäquate Betreuung von Promovierenden. Sicher ist, dass im Bachelor-Master-Studium größtenteils Mitarbeiter unterrichten, die keinerlei „Lehrbefugnis" besitzen und von denen manche „über zweifelhafte

5 Antrag der Abgeordneten Swen Schulz et al. (Fraktion der SPD), Personaloffensive für den wissenschaftlichen Nachwuchs starten, BT-Ds. 17/6336, 26.6.2011; vgl. Nachrichten, in: „Forschung & Lehre," 4/2012, S. 264.

Wege zur Lehre herangezogen" werden, wie der Hochschulforscher Reinhard Kreckel es ausdrückt. Nur etwa 35 Prozent der Lehre wird ihm zufolge von Professoren erteilt, gut 45 Prozent von Angehörigen des Mittelbaus und 19 Prozent von Lehrbeauftragten, Privatdozenten und anderen dramatisch unter- oder sogar unbezahlten Lehrkräften.[6]

In den meisten Industrieländern, vor allem in den USA, aber auch in Frankreich oder England, gibt es hingegen auf Dauer angelegte Stellen für Habilitierte unterhalb der Professur (als „Docent" oder „Lecturer"), in der Bundesrepublik Deutschland fehlt diese Institution völlig. Reinhard Kreckel verweist auf Österreich, wo die in den letzten zehn Jahren „europäisierten" Hochschulen dennoch ihre Dozentenstellen beibehalten haben. Während dort die Habilitierten auf Dozentenstellen vor den Reformen sogenannte außerordentliche Professoren mit geringem Salär (als eine Art Grundsicherung) waren, besteht seit den Reformen der Jahrtausendwende ein sogenannter *Tenure Track,* der von der zeitlich befristeten Assistenzprofessur (als Promovierte) zur unbefristeten „assoziierten Professur" für Habilitierte führt. Lediglich die ordentlichen Universitätsprofessuren werden noch durch Berufungsverfahren besetzt, Privatdozentinnen und -dozenten haben grundsätzlich ihr Auskommen und werden nicht in einen rechtsfreien Raum abgeschoben, wie es in der Bundesrepublik der Fall ist. Dieses Modell sollte, so Kreckel, auch hierzulande geprüft werden. Dafür spricht zudem, dass es das österreichische Modell auf vorbildliche Art und Weise versteht, Lücken im Lehrpersonal durch Kurzzeit- und Teilzeitprofessuren aufzustocken.

Gegenreformen auf Kosten der Wissenschaftlerinnen

Doch von einer solchen Politik der Stärkung des universitären Mittelbaus ist man hierzulande weit entfernt. Faktisch wurde der kurze Aufschwung der wissenschaftlichen Mitarbeiter unterhalb der Professorenschaft bereits durch das 1974 gefällte Urteil des Bundesverfassungsgerichts wieder gebremst. Dieses bestätigte, dass bei allen Gremienbeschlüssen die Mehrheit der Professoren entscheidet, und nahm dadurch dem Mittelbau stärkere Einflussmöglichkeiten.[7]

Mit der ersten Kohl-Regierung schließlich wurde der Umbau der Universitäten ab 1982 schrittweise sogar wieder rückgängig gemacht. Insofern kann man an den Universitäten durchaus von einer Wende sprechen, allerdings nicht unbedingt in geistig-moralischer Weise: Obwohl die Zahl der Eingeschriebenen weiter wuchs, wurde der Mittelbau peu à peu zusammengestrichen. Das Institut des „Lehrstuhls" erlebte sein Comeback. Die Habilitation wurde als zweites „Meisterstück" gewissermaßen rehabilitiert. Die Natur-

6 Vgl. die mündliche Begründung zur Stellungnahme von Reinhard Kreckel im Rahmen des Öffentlichen Fachgesprächs zum Thema „Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs" im Bundestag, 28.3.2012, A-Ds. 17(18)267b.

7 Wolfgang Eßbach, Die Rolle der Professorenschaft beim Scheitern der deutschen Hochschulreformen, in: Beate Bartoldus und Marei John-Ohnesorg, Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung – Ein Widerspruch in sich? Berlin 2012, S. 30-40, hier: S. 33.

wissenschaften wurden auf Kosten der Geisteswissenschaften ausgebaut. Der entstehenden Frauenforschung verwehrte man zugleich, das eigene Profil allmählich von unten nach oben aufbauen zu können: Obschon Mitte der 80er Jahre noch kaum eine der jungen feministischen Wissenschaftlerinnen hatte habilitieren können, wurden der Geschlechterforschung ab Ende der 80er Jahre ausschließlich Professuren – wenn auch nur sehr, sehr wenige –, jedoch keine Assistenzprofessuren zugestanden.[8]

Auch in der DDR erhielten die Frauen nur selten Professuren, wohl aber die Dozentenstellen direkt unterhalb der Professur. Viele von ihnen waren damit zufrieden, weil sich so Kinder und Karriere leichter miteinander vereinbaren ließen. Nach der Wiedervereinigung wurden jedoch gut 67 Prozent dieser Lebenszeitstellen (!) gestrichen. An der Humboldt-Universität etwa sank dadurch der Anteil der Wissenschaftlerinnen von 35 auf 18 Prozent. Waren 1989 von 1900 festangestellten Assistenten 825 Frauen, also knapp 45 Prozent, lag ihr Anteil in den 90er Jahren nur noch bei weniger als 20 Prozent. Mit paradoxen Konsequenzen: Viele der nun arbeitslosen Wissenschaftlerinnen entschieden sich nun auch in Deutschlands Osten dagegen, Kinder zu bekommen.

Die aktuelle Kürzungspolitik trifft die Universitäten im Kern

Ein Ende der Misere ist nicht in Sicht: Während in den letzten 15 Jahren die Zahl der Studienanfänger weiter gewachsen ist, ging der Anteil der Hochschulausgaben am Bruttosozialprodukt immer weiter zurück. Weil sich die durch die Finanzpolitik des Bundes gebeutelten Länder dadurch finanzielle Entlastungen erhofften, ließen sie sich darauf ein, die Forschung aus den Universitäten tendenziell in die wesentlich vom Bund mitfinanzierten Forschungseinrichtungen (wie Max-Planck-Institute etc.) auszulagern. Damit gaben sie ihre Bildungshoheit faktisch auf, die Universitäten wurden so immer mehr zu reinen Ausbildungsinstituten. Die Ministerien schreiben zudem Forschungsprogramme so kurzfristig aus, dass nur noch darauf spezialisierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen die entsprechenden Anträge zustande bringen können.

Bereits 1992 stellte die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ein Finanzierungsdefizit von 9 Mrd. DM fest; allein in den alten Ländern fehlten 4,4 Mrd. DM für Personal. Die HRK war daher bereit, markwirtschaftliche Elemente in das Hochschulmanagement aufzunehmen, wenn sich der Staat künftig auf eine Globalsteuerung der Unis beschränken würde. Damit erhofften sich die Universitäten vor allem den Abschied vom alten, kameralistischen Haushaltswesen – dieses hatte verhindert, dass Restmittel eines Jahres in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden können.

Die Politik honorierte – entgegen anderslautender Äußerungen – die Reformbereitschaft der Universitäten so gut wie gar nicht. Anstatt sich

8 Vgl. dazu etwa Elisabeth Meyer-Renschhausen, Feminist Research at German Universities? Nearly Impossible! in: „Critical Sociology“, 7/1990, S. 61-73.

jedoch gegen die Finanzpolitik des Bundes zu wehren und eine bessere Finanzierung einzufordern, kappten die Länder den Universitäten die Mittel.[9] Zwischen 1995 und 2005 verloren die Universitäten der Bundesrepublik daher fast 1500 Professorenstellen. Vor allem die „Denk- und Grübelfächer" mussten bluten, von der Philologie bis zur Theologie, von der Slawistik bis zur Sinologie.[10]

Frauen sind trotz Förderung besonders betroffen

Besonders hart trafen die Kürzungen jedoch die Geistes- und Sozialwissenschaften, Kunst und Sprachen – also exakt jene Fächer, in denen sich bereits eine nennenswerte Frauen- und Geschlechterforschung herausgebildet hatte. Mit dem Einschmelzen dieser von Frauen besonders bevorzugten Fächer gingen auch Anstellungsmöglichkeiten für Wissenschaftlerinnen sowie ihre Chancen, eine Professur zu bekommen, verloren – und das, obwohl man sie eben erst durch zahlreiche Stipendien „professorabel" gemacht hatte: Bund und Länder hatten „Hochschulsonderprogramme" vereinbart, um Wissenschaftlerinnen gezielt zu fördern. Sie erhielten Promotions- oder Habilitationsstipendien, es gab Wiedereinstiegsstipendien und Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Auf diese Weise wurden Wissenschaftlerinnen regelrecht dazu überredet, sich zu habilitieren, obwohl die Frauenforschung die Habilitation längst als bloßes Instrument der Arbeitsmarktpolitik erkannt hatte. Anders ausgedrückt: Während an den technischen Universitäten Wissenschaftler ohne Habilitation und oft sogar ohne Promotion auf Stellen gehievt werden können, wenn es der entsprechenden Kollegenschaft gerade (ökonomisch) zuträglich erscheint, wird die Latte für Geisteswissenschaftler immer höher gehängt; hier werden neben Promotion und Habilitation auch erfolgreiche Auslandsaufhalte, Forschungsanträge sowie die Publikation von Aufsätzen verlangt, die das Peer-Review-Verfahren durchlaufen sind.

Faktisch wurden so Ende der 1990er Jahre nach den ostdeutschen auch die westdeutschen Forscherinnen in die Perspektivlosigkeit entlassen. Machte die gleichzeitig zunehmende Sprechweise vom „wissenschaftlichen Nachwuchs" derartiges Aussortieren eventuell leichter?

Die negativen Auswirkungen der Kürzungspolitik auf die Frauen traten allerdings aufgrund der gerade erst angelaufenen Frauenförderung nicht sofort zu Tage. Und dennoch ging auch die allgemeine Kürzungspolitik besonders und ganz eindeutig auf Kosten des weiblichen Geschlechts: „Von Professorinnen", so der Bildungs- und Elitenforscher Richard Münch, „kann hier kaum gesprochen werden, weil ihr Anteil […] erst in allerjüngster Zeit die zehn Prozent-Hürde übersprungen hat, wozu die Vermehrung der Pro-

9 Wolfgang Renzsch, Die Fallstricke der Finanzierung der Bildungsrepublik Deutschland, oder: Warum die Bildung die Sparbüchse der Nation ist, in: Beate Bartoldus und Marei John-Ohnesorg (Hg.), Bildungsgerechtigkeit in der Begabtenförderung – Ein Widerspruch in sich?, Berlin 2012, S. 136-139.

10 Professuren: Die Denk- und Grübelfächer müssen bluten, www.spiegel.de, 20.8.2007.

fessuren unterhalb des Lehrstuhls maßgeblich beigetragen hat. Das Patriarchat ist nur die andere Seite der Oligarchie […]. Sie beherrscht das Feld. Man muss gar nicht lange herumrätseln, warum in Deutschland so wenige Frauen in Professorenstellen gelangen. Die Ursache ist die Personalstruktur und die damit verbundene Verfestigung der Oligarchie."[11]

Eine weitere Möglichkeit, Frauen unter der Hand auszusortieren, sind die gestiegenen Publikationsanforderungen: Frauen veröffentlichen signifikant weniger in den Zeitschriften mit Peer-Review-Verfahren.[12] Zum einen deshalb, weil sie von den Kollegen kaum dazu aufgefordert werden – und zwar in der (teilweise berechtigten) Annahme, dass Frauen ohnehin nicht auf das Angebot eingehen werden. Tatsächlich liegt vielen Frauen weniger an der damit verbundenen „Reputation", die häufig zu wenig nützt, außer dass sie der eigenen Karriere dient – weil nämlich die Artikel vieler dieser Zeitschriften allenfalls von der eigenen Zunft gelesen werden. Vielleicht ahnen die Frauen ja auch, was neuere Forschungen über das Peer-Review-Verfahren erbracht haben, nämlich dass die Auswahl der Gutachter und deren Stellungnahmen oftmals keineswegs neutral sind.[13] Oder viele versuchen es gar nicht erst mit dem gezielten Publizieren, weil sie während ihrer Promotionsphase bereits subtile Abwertungen erfahren haben.

Von Frauenforschung und Frauenförderung zur Gleichstellungspolitik des „Gender mainstreaming"

Seit Beginn des neuen Jahrtausends erleben wir eine weitere Wende in der Frauenpolitik: Mit dem Wechsel von Frauenforschung und Frauenförderung zur Gleichstellungspolitik des *Gender Mainstreaming* wurden Programme zur Förderung von Frauen speziell im Ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Bereich aufgelegt. So konzentrierte sich beispielsweise das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen zwischen 2008 und 2011 nur noch auf den Anstieg der Frauenquoten in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieurswesen, Naturwissenschaften und Technik). Junge Frauen, die sich für eine solche wissenschaftliche Laufbahn entschlossen, hatten relativ gute Chancen, zu einer Stelle zu kommen. Überdurchschnittlich viele junge Frauen in den Naturwissenschaften erreichten daher in den letzten Jahren eine Juniorprofessur oder gar eine Professur.

Dieser Anstieg von Frauen in diesen für sie untypischen Bereichen ist zwar einerseits zu begrüßen; andererseits geht eine derartig thematisch eingeschränkte Förderung an den Bedürfnissen der Mehrheit der Frauen vorbei. Zudem verzichtet sie darauf, in Zeiten neuer Weltwirtschaftskrisen und den dazugehörigen gesellschaftlichen Verwerfungen diese auch durch Frauen

11 Richard Münch, Schafft den Mittelbau ab!, www.forschung-und-lehre.de/wordpress/?p=1271.
12 Jürgen Gerhards, Reputation in der deutschen Soziologie – zwei getrennte Welten, in: „Soziologie", 2/2002, 19-33, Tabelle auf S. 23.
13 Vgl. Jutta Allmendinger, Fördern und Fordern – Was bringen Gleichstellungsmaßnahmen in Forschungsreinrichtungen? in: Annette Spellerberg (Hg.), Die Hälfte des Hörsaals – Frauen in Hochschule, Wissenschaft und Technik, Berlin 2005, S. 51-74, hier: S. 66 f.

und ihre spezifische Sicht reflektieren zu lassen. Will man darauf künftig tatsächlich verzichten?

US-amerikanische Politologinnen oder Sozialwissenschaftlerinnen wie Nancy Fraser, Seyla Benhabib oder Martha Nussbaum haben doch gerade durch ihre Forschungen im Feld der Sozialpolitik und der Gerechtigkeitsforschung höchst anregend auf die gesellschaftlichen Diskurse eingewirkt – und zwar weit über ihre jeweiligen Fächer hinaus.

Die Paradoxien der Frauenförderung

Daher stellt sich die Frage, ob die jüngste Politik der Gleichstellung Frauen wirklich fördert oder sie nicht eher negiert. Worum ging es in der Frauenforschung, die die Idee der Frauenförderung ursprünglich ja einmal aufgebracht hatte? Was wollte die feministische Bewegung? Was bedeutet in diesem Zusammenhang der Paradigmenwechsel von der Frauenforschung zu Genderprofessuren und der Wechsel von der Frauenförderung zu *Gender Mainstreaming*, wie es mittlerweile von der Regierung gefördertes Ziel ist?

Brigitte Rauschenbach, Professorin für Politikwissenschaft an der FU Berlin, hat unlängst in einem bemerkenswerten Aufsatz den dreifachen Paradigmenwechsel in der Frauenforschung am Beispiel tonangebender Theoretikerinnen aufgezeigt. In Simone de Beauvoirs „Anderem Geschlecht" ging es um die männlichen Projektionen auf das weibliche Geschlecht und um die daraus folgende Diskriminierung der Frau samt ihrer materiellen Folgen. Dem entsprachen Forderungen wie diejenige nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit".[14]

Die nächste Gruppe der Differenztheoretikerinnen, zu der Luce Irigaray, Maria Rosa dalla Costa, Selma James oder die Philosophinnengruppe Diotima aus Mailand zählen, wollte umgekehrt gerade Abschied nehmen „von der Gleichmacherei" und stattdessen die Vorzüge der Differenz – des kleinen Unterschieds – zwischen den Geschlechtern herausstellen.[15] Im deutschen Sprachraum spitzte sich der Streit dieser ersten beiden Generationen von Frauenforscherinnen auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Wert der Hausarbeit zu.

Die jüngste Generation, die der Dekonstruktivistinnen, entlarvt dagegen die Geschlechtergrenzen bis in die Körperlichkeit hinein als sozial konstruiert – bis Geschlechterdifferenz und -grenzen gewissermaßen verschwunden sind. Über diesen Diskurs geriet jedoch die kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik zunehmend aus dem Blickfeld, etwa die Auseinandersetzung um die Auswirkungen der Politik des globalen Nordens auf die Frauen des globalen Südens. Dieser Eindruck, der noch vor Jahren plausi-

14 Brigitte Rauschenbach, Kulturelle Hegemonie und Geschlecht als Herausforderung im europäischen Einigungsprozess – eine Einführung, in: „gender-politik-online", September 2005; web.fu-berlin.de/gpo/KulturelleHegemonieRauschen.htm.

15 Libreria delle donne di Milano, Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis, Berlin 2001. Zu den Mailänder Differenztheoretikerinnen gehörten u.a. Luisa Muraro, Matilde Mangano, Rafaela Lamberti.

bel schien, kann heute sicher als übertrieben bezeichnet werden, hat doch gerade Judith Butler etwa in ihren jüngsten Schriften durchaus gezeigt, dass sie das Nachdenken über Körper auch und gerade als Beitrag zum sozialpolitischen Diskurs ihrer Zeit sieht.[16]

Damit aber ist der Sinn einer Integration des „anderen Geschlechts" politisch zumindest fragwürdig geworden – mag auch der gute Effekt dieser Theorien darin liegen, dass seither die Geschlechtergrenzen so stark ins Fließen geraten sind, dass auch Männer Kinderwagen schieben können und sogar Frauenforscher werden.

Doch die entscheidende Frage ist, ob die heutige Gender- und Gleichstellungspolitik – im Zusammenspiel mit der anhaltenden Kürzungspolitik – Frauen nicht erneut unsichtbar macht. Dazu trägt in paradoxer Weise auch die aktuelle Politik der Europäischen Union bei, die einerseits Frauen für den Arbeitsmarkt rekrutieren möchte, ohne aber andererseits auf deren Kinder verzichten zu wollen. So werden Frauen an den Universitäten zwar vorgeblich gefördert, aber nur um ihnen anschließend die Chancen de facto gleich wieder zu entziehen. Denn völlig ignoriert wird dabei, dass die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, vor allem durch stabile Berufsaussichten unterstützt wird. Diese aber fehlen an den Hochschulen in der Bundesrepublik nahezu völlig, im Gegensatz zu denen etwa in Schweden oder Frankreich, wo Wissenschaftlerinnen denn auch erheblich mehr Kinder bekommen.[17]

Wie aber wäre diesem Manko Abhilfe zu schaffen? Der zentrale Fehler des Systems liegt in der zu geringen Anzahl an Stellen im höher dotierten Mittelbau mit einer Aussicht auf Festanstellung – trotz der enormen und weiter wachsenden Nachfrage in Lehre und Forschung.

Eine wirkliche Aussicht auf Verbesserung – gerade auch für Frauen – wird es jedoch nur durch eine Rückkehr zur bewussten Förderung jener vermeintlich femininen Fächer geben – denn sie und nicht die Naturwissenschaften sind es, die letztlich auf zentrale Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens hinweisen und so langfristig zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen.

16 Vgl. Judith Butler, Kann man ein gutes Leben im schlechten führen? In: „Blätter", 10/2012, S. 97-108.
17 Vgl. ausführlicher zur europäischen Hochschulpolitik: Paul Kellermann, Manfred Boni und Elisabeth Meyer-Renschhausen (Hg.), Zur Kritik Europäischer Hochschulpolitik: Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster, Wiesbaden 2009.